










Parteien-check		CDU	CSU	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP	Alternative für Deutschland	
 <b>Asyl</b>	Nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens wollen wir entsprechende Verträge auch mit afrikanischen Ländern abschließen. Eine Situation wie im Jahre 2015 soll und darf sich nicht wiederholen, da alle Beteiligten aus dieser Situation gelernt haben. Wir wollen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Das macht es möglich, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen durch Resettlement und Relocation nachkommen. (S. 63)	Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas sichern und die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen. Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen. [...] Wir akzeptieren nicht länger, dass sich einzelne Mitgliedstaaten dem gemeinsam beschlossenen europäischen Asylsystem verweigern. (S. 74)	Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Not geben. [...] Unser Ziel ist ein bundesweiter Abschiebungsstopp nach Afghanistan. (S. 109) Wir GRÜNE halten die betriebene Ausweitung der angeblich »sicheren Herkunftstaaten« für falsch. (S. 105) Das Dublin-System hat von Anfang an nicht richtig funktioniert. Wir wollen ein neues, solidarisches System, das auf einer gerechten Verantwortungsteilung unter den Mitgliedstaaten basiert. (S. 102)	Im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien haben wir jede Einschränkung des Asylrechts abgelehnt. Wir wollen das Grundrecht auf Asyl wiederherstellen. Menschenrechte kennen keine Obergrenze. (S. 65) Asylsuchenden und Eingewanderten steht das gleiche Recht auf Arbeit, Grundsicherung und Gesundheitsversorgung wie allen anderen Menschen zu. (S. 116)	Wir Freie Demokraten halten das Menschenrecht auf Asyl für nicht verhandelbar. Wir lehnen deshalb auch jede Form von festgelegten Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl klar ab. [...] Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa durchsetzen. (S. 107–108)	Einen Asylantrag soll nur stellen dürfen, wer seine Identität nachweist. Alle abgelehnten Asylbewerber sind in ihre Herkunftsländer zurückzuführen. Der Bund soll dafür zuständig werden [...]. (S. 29) Sozial- und Gesundheitsleistungen für Asylbewerber dürfen keine Anreizwirkung entfalten und sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. [...] Der massenhafte Missbrauch des Asylgrundrechts muss durch eine Grundgesetzänderung beendet werden. (S. 30)			
 <b>Einwanderung</b>	Wir wollen, dass diejenigen, die dauerhaft oder für einige Jahre in Deutschland leben, sich in unsere Gesellschaft integrieren und Teil von wir werden. Hierfür folgen wir dem Ansatz des Förderns und Förderns. Dazu streben wir den Abschluss von verbindlichen Integrationsvereinbarungen an. [...] Die dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft muss immer die Ausnahme bleiben. Sie soll künftig nicht mehr über viele Generationen weitervererbt werden. (S. 74)	Gemeinsam mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) wollen wir verstärkt über feste Kontingente Schutzberechtigte kontrolliert in der EU aufnehmen. Sie sollen nach einem fairen Schlüssel auf alle EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Auf legalen Wegen, ohne kriminelle Schlepper, ohne die Risiken lebensgefährlicher Fluchtrouten und mit Vorrang für Frauen, Kinder und Familien. (S. 75)	Wir wollen die grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte wieder rückgängig machen. [...] Menschen, die sich ohne Papiere in Deutschland aufhalten, wollen wir den Zugang zu den sozialen Rechten verschaffen. [...] Wir setzen uns für ein liberales Staatsbürgerschaftsrecht ein, das nicht nur schnelle Einbürgerungen, sondern auch das sogenannte Geburtsrecht sowie die Mehrstaatigkeit ermöglicht. (S. 109–114)	Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Migranten und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. [...] Der Familiennachzug darf nicht behindert werden. [...] Das Aufenthaltsrecht darf nicht vom Familienstatus, von Deutschkenntnissen, einem Job oder dem Kontostand abhängig gemacht werden. [...] Wir fordern ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus [...] Abschiebungen lehnen wir ab. (S. 114–117)	Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. [...] Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch funktionierende Rückführungsregelungen. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden. Dies ist bundeseinheitlich sicherzustellen. [...] Wir Freie Demokraten wollen, dass die doppelte Staatsangehörigkeit grundsätzlich möglich ist. [...] Wir Freie Demokraten wollen Englisch als ergänzende Verkehrs- und Arbeitssprache in der öffentlichen Verwaltung erproben. (S. 69–71)	Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf zulassen. (S. 29) Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab, da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen können. (S. 31) Jeder Migrant oder Einwanderer, dem wir ein dauerhaftes Bleiberecht zugestehen, hat eine Bringschuld, sich seiner neuen Heimat und der deutschen Leitkultur anzupassen, nicht umgekehrt. (S. 32)			
 <b>Innere Sicherheit</b>	Wir sind entschlossen, bei der Terror- und Verbrechenbekämpfung noch besser zu werden als bisher [...] An öffentlichen Gefahrenorten wie etwa in Einkaufszentren, vor Fußballstadien und an Verkehrsknotenpunkten werden wir den Einsatz intelligenter Videotechnik auch zu Fahndungszwecken verstärken und eine Mindestspeicherdauer für die Daten einführen. [...] Wir wollen den Zugang der Sicherheitsbehörden zu vorhandenen Datenbanken erleichtern. (S. 60–61)	Darüber hinaus wollen wir der Verbreitung von Hasskriminalität und sogenannten Fake News entgegenwirken. [...] Die Verbreitung rechtswidriger Inhalte wie Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung in den sozialen Netzwerken soll besser und schneller verfolgt werden. Daher setzen wir uns für eine verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Polizeibehörden und Justiz in diesem Bereich ein. (S. 73)	Eine vielfältige Polizei, die unverhältnismäßigen Gewalteneinsätzen und sexistischen und rassistischen Diskriminierungen keinen Platz bietet, ist im Interesse von uns allen und gerade auch der Beamt*innen selbst. Wir setzen uns daher für eine Weiterentwicklung der Fehlerkultur, interkulturelle Kompetenz und Fortbildungen ein, fördern die anonymisierte Kennzeichnung sowie unabhängige Polizeibeauftragte – als Ansprechpartner*innen für Bürger*innen wie Polizeibeamt*innen. (S. 138)	»Eine bürgernahe Polizei muss die Rechte etwa von Migranten und linken Demonstrierenden genauso schützen wie für die Menschen erreichbar; im Stadtbild präsent und damit ansprechbar sein. [...] Die Polizei soll von der Verfolgung von Bagatelldelikten wie illegale Einreise, Schwarzfahren, Drogenkonsum entlastet werden.« (S. 113–114)	Wir Freie Demokraten fordern Haushaltspriorität für Polizei und Justiz. Für diese beiden klassischen Hoheitsaufgaben des Staates muss deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen. [...] An vielen Stellen der Polizeiarbeit ist Entbürokratisierung und Entlastung möglich: Man könnte den Blutttest bei unfallfreien Fahrten unter Alkoholeinfluss abschaffen, Cannabis kontrolliert freigeben oder bei Ruhestörungen, Verkehrsunfällen ohne Verletzte, der Begleitung von Schwertransporten und dem Objektschutz die Zuständigkeit auf andere Behörden verlagern. (S. 78–79)	Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade bei der Gewalt- und Drogenkriminalität führt derzeit viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen. [...] Wegen der immer früher einsetzenden kriminellen Entwicklung muss das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre abgesenkt und mit dem Erreichen der Volljährigkeit auch das Erwachsenenstrafrecht Anwendung finden. [...] Der Erwerb des Waffenscheins für gesetzestreue Bürger ist zu erleichtern. (S. 23–25)			
 <b>EU</b>	Wir Europäer müssen unser Schicksal konsequenter als bisher in die eigene Hand nehmen. Deshalb wollen CDU und CSU ein starkes, selbstbewusstes und dynamisches Europa. Ein Europa, das instand ist, seine Interessen zu wahren und sich seiner internationalen Verantwortung zu stellen. [...] Wir unterstützen den Vorschlag für eine Europäische Verteidigungsunion und für einen Europäischen Verteidigungsfonds. (S. 55–56)	Wir wollen eine europäische Sozialunion, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet. (S. 97) Auch in der Verteidigungspolitik wollen wir stärker zusammenarbeiten und die Integration von Streitkräften der Mitgliedstaaten voranbringen. (S. 99)	Europa zusammenzuhalten, wird in den Verhandlungen die Aufgabe der neuen Bundesregierung sein. Dazu gehört, dass auch Deutschland bereit sein muss, mehr finanzielle Verantwortung zu übernehmen. (S. 69) Wir arbeiten darauf hin, dass alle europäischen Mitgliedstaaten eine solidarische Flüchtlingspolitik unterstützen. Wir wollen wieder offene Grenzen im Schengen-Raum. (S. 70)	Wir brauchen eine grundsätzliche soziale und demokratische Alternative zu dieser neoliberalen EU. (S. 102) Daher fordert DIE LINKE ein öffentliches europäisches Investitionsprogramm [...] Zur Finanzierung wollen wir in allen EU-Staaten eine einmalige Vermögensabgabe auf Vermögen über einer Million Euro erheben. (S. 103) Das Freizügigkeitsrecht in der EU muss für alle gelten. [...] Wir sind gegen den Ausschluss von Arbeit suchenden Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern aus der Sozialhilfe. (S. 106)	Zu einer starken Gemeinschaft gehört es, das Subsidiaritätsprinzip in der EU zu wahren. [...] (S. 109) Wir sind davon überzeugt, dass der europäische Einigungsprozess fortgesetzt werden muss, hin zu einer dezentral und bundesstaatlich verfassten Europäischen Union. (S. 110) Wir Freie Demokraten wollen den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle. (S. 111)	Die Zukunft Europas liegt nicht in der EU in ihrem jetzigen Zustand und auch nicht in ihrer weiteren Zentralisierung, sondern in einem Europa souveräner Staaten, die partnerschaftlich zusammenarbeiten. [...] Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab. (S. 18)			
 <b>Euro</b>	Wir wollen die dauerhafte Stabilisierung der Euro-Zone erreichen. Maßstab muss dabei bleiben: Eine Vergemeinschaftung von Schulden schließen wir weiter aus. Wir sind bereit, mit der neuen französischen Regierung die Euro-Zone schrittweise weiterzuentwickeln, zum Beispiel mit der Schaffung eines eigenen Währungsfonds. (S. 57)	[...] Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum. Die europäische Wirtschaftsregierung soll sich zusammensetzen aus den Mitgliedern der Kommission mit entsprechendem Zuständigkeitsbereich – unter politischer Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers. [...] Wir wollen insbesondere dort, wo wir mit dem Euro eine gemeinsame Währung haben, ein gemeinsames Finanzbudget schaffen. (S. 98)	Frankreich und Deutschland müssen einander nun auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam ein starkes sozial-ökologisches Europa verwirklichen. Präsident Macron hat zu Recht ein Ende der Austeritätspolitik und eine große europäische Investitionsoffensive gefordert. Wir werden diesen Kurs unterstützen und zusammen mit den EU-Institutionen beherzt notwendige Reformen in der EuroZone und der gesamten EU vorantreiben. (S. 69)	Wir wollen die öffentliche Kreditaufnahme vom Finanzmarkt abkoppeln: Die EZB soll den Euro-Staaten in festgelegtem Rahmen direkt leihen dürfen. (S. 103) Die Kreditaufnahme der Staaten, zunächst derjenigen im Euro-Verbund, muss durch eine gemeinsame Haftung abgesichert werden. (S. 104) Wir setzen uns für einen Schuldenschnitt für Griechenland ein. Die Bundesregierung muss endlich in Rechtsnachfolge des Nazi-Regimes die erpressten Kredite beim griechischen Staat begleichen und Reparationen für begangene Kriegsverbrechen zahlen. (S. 104)	Wir Freie Demokraten fordern ein Ende der Niedrigzinspolitik der EZB. Denn die Niedrigzinspolitik verschiebt Lasten in die Zukunft und schadet somit der Generationengerechtigkeit. Außerdem gibt es keine Anreize, Strukturreformen voranzutreiben und das Schuldenmenste zu beenden. Der Grund für die Niedrigzinspolitik liegt vor allem am niedrigen Wachstum in der EU, das auf die massive Reformabstinez in Europa zurückzuführen ist. (S. 133)	Die weitere Mitgliedschaft in der Euro-Zone ist für Deutschland unbezahlbar [...] Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euro-Raum verlassen. [...] Willkürliche »Rettungsmaßnahmen« zugunsten einzelner Banken und Unternehmen oder gar eine »EU-Wirtschaftsregierung« lehnen wir ab. (S. 14) Wir wollen deshalb für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung (»Deutsche Mark«) rechtzeitige Vorkehrungen treffen. [...] Das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank muss vollständig und umgehend nach Deutschland überführt werden. (S. 16)			
 <b>Bargeld</b>	Wir wollen leistungsfähige und sichere digitale Bezahl Dienste. Auch im Zeitalter der Digitalisierung bleibt aber das Bargeld ein wichtiges Zahlungsmittel. (S. 53) ABER: Zustimmung zur Absenkung der Obergrenze für Bargeldzahlen auf 10.000 Euro und zur Abschaffung des 500-Euro-Scheins als Einstieg in die Bargeldabschaffung (FAZ, 27.6.2017)	Wir bekennen uns klar zum Recht der Bürger auf Bargeld und werden Bestrebungen zu dessen Abschaffung entschieden entgegengetreten. (S. 36) ABER: Zustimmung zur Absenkung der Obergrenze für Bargeldzahlen auf 10.000 Euro und zur Abschaffung des 500-Euro-Scheins als Einstieg in die Bargeldabschaffung (FAZ, 27.6.2017)	(keine Aussage) ABER: Kein Widerspruch gegen Absenkung der Obergrenze für Bargeldzahlen auf 10.000 Euro und Abschaffung des 500-Euro-Scheins als Einstieg in die Bargeldabschaffung	(keine Aussage) ABER: Kein Widerspruch gegen Absenkung der Obergrenze für Bargeldzahlen auf 10.000 Euro und Abschaffung des 500-Euro-Scheins als Einstieg in die Bargeldabschaffung	Wir Freie Demokraten setzen uns für die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel ein. Bargeld ist ein Teil unserer Freiheit. Es ermöglicht uns zum Beispiel, ohne staatliche Kontrolle und Überwachung Geld aufzubewahren, Geschäfte ohne Bankgebühren abzuschließen und erfüllt eine wertvolle Aufgabe bei der Erziehung unserer Kinder. [...] Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, dass durch ein Verbot oder die Einschränkung der Bargeldhaltung Terrorismus oder Kriminalität bekämpft werden könnten. Wir Freie Demokraten fordern daher den Erhalt des Bargelds. (S. 78)	Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht. Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds macht für den Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den negativen Bereich. Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, unter Umständen sogar über deren Aufenthaltsorte. (S. 15)			
 <b>Steuerpolitik</b>	Wir werden den Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer für alle ab dem Jahr 2020 schrittweise schnellstmöglich abschaffen. Für die kommende Wahlperiode beginnen wir mit einer Entlastung von rund 4 Milliarden Euro. Die gute wirtschaftliche Lage macht es möglich, die Einkommenssteuer um gut 15 Milliarden Euro zu senken. (S. 33)	[...] schaffen wir den (Solidaritäts-)Zuschlag für die unteren und mittleren Einkommen ab 2020 ab. [...] Das Entlastungsvolumen umfasst etwa 10 Milliarden Euro. (S. 51) Wir wollen Einkommen aus Arbeit und Kapital wieder gleich besteuern, indem wir die Abgeltungsteuer abschaffen. [...] Wir werden sehr große Erbschaften höher besteuern. (S. 52)	Wir GRÜNE wollen eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche. [...] Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. (S. 194)	Vermögen oberhalb einer Million Euro wollen wir besteuern, auch hohe Erbschaften. Steuern der Konzerne werden wir erhöhen und den Steuervollzug durchsetzen. [...] Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent auf die Teile des zu versteuernden Einkommens oberhalb von rund 260.000 Euro Jahreseinkommen und 75 Prozent auf die oberhalb einer Million Euro. (S. 11)	Dabei halten wir ein Entlastungsvolumen von mindestens 30 Milliarden Euro für eine angemessene Zielgröße. [...] Die Einführung neuer Steuern – wie etwa der Vermögenssteuer oder Finanztransaktionssteuer – lehnen wir ab. (S. 119–120) Wir Freie Demokraten wollen eine Belastungsgrenze für die direkten Steuern und Sozialabgaben im Grundgesetz festschreiben. [...] Die Gesamtbelastungsgrenze sollte 50 Prozent nicht überschreiten. (S. 121) Wir Freie Demokraten wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen. (S. 122)	Die AfD wendet sich gegen eine Ausweitung der Abgabenbelastung und fordert die Absenkung der allgemeinen Mehrwertsteuer um 7 Prozentpunkte sowie die Einführung einer allgemeinen Abgabenbremse (für Steuern, Beiträge und Gebühren) zugunsten der Bürger. Diese ist im Grundgesetz festzuschreiben. Die Obergrenze sollte [...] mittelfristig 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen. (S. 50) Die AfD ist für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögenssteuer. (S. 51)			
 <b>Wirtschaft</b>	Wir wollen, dass Deutschland führend wird in der Produktion alternativer umweltfreundlicher Antriebe, wie zum Beispiel der Elektromobilität, und die Entwicklung autonomer Fahrzeuge zur Marktreife führt. Wir werden hierfür die staatlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern. (S. 10–11)	Die SPD wird eine neue Investitionsoffensive in Deutschland starten. (S. 28) Wir wollen, dass Deutschland der Standort der führenden Automobilindustrie bleibt. Die Zukunft des Automobils ist elektrisch. Deshalb ist der Aufbau einer Batteriezellenfertigung in Deutschland von zentraler strategischer Bedeutung. (S. 29).	Die ökologische Modernisierung ist die Zukunftssicherung für alle Industriezweige in Deutschland. Alle Branchen müssen ihren Beitrag zu Klima- und Ressourcenschutz leisten. [...] Konkret heißt das: weg vom Verbrennungsmotor und hin zum Elektroantrieb beziehungsweise emissionsfreien Antriebs. (S. 42)	DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der Daseinsvorsorge, Banken und Versicherungen, Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie, der Post, der Telekommunikationsinfrastruktur sowie weiterer Schlüsselindustrien in öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen. (S. 78)	Gerade in einer Zeit der Veränderung müssen wir die Innovationskräfte der Sozialen Marktwirtschaft nutzen, die auf die Ideen der vielen Unternehmer, und auf mehr Freiraum statt auf Bürokratismus, setzt. (S. 39) Wir Freie Demokraten wollen eine Subventionsbremse für den Bundeshaushalt einführen und alle staatlichen Subventionen überprüfen. (S. 43)	Grundlegende Elemente für eine prosperierende Wirtschaft sind für die AfD die Eigenverantwortung der Wirtschaftssubjekte mit dem Gegenstück Haftung für das eigene Handeln, die Garantie des Privateigentums und der Marktpreis als Steuerungsmechanismus für wirtschaftliche Entscheidungen. [...] den Staat verschlanken und effizienter machen, Abbau von Subventionen, neue Subventionen zeitlich befristen [...] die Staatsquote senken [...] wissens-/technologiebasierte Wirtschaft stärken (S. 53)			
 <b>Soziales</b>	Wir werden in der kommenden Wahlperiode auch einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen: So wird Betreuung auch in dieser wichtigen Lebensphase sichergestellt. [...] Parallel zur Erhöhung der Zahl der Betreuungsplätze werden wir dafür sorgen, dass die Qualität von Bildung und Betreuung weiter ausgebaut wird. (S. 25)	Dafür schaffen wir eine Bürgerversicherung, in die alle einzelnen und durch die alle die notwendigen medizinischen Leistungen bekommen. [...] Der Sozialstaat ist für alle da, deshalb werden wir auch neue Beschäftigungsformen wie die Solo-Selbstständigkeit absichern und in die Sozialversicherungen einbeziehen. (S. 40)	Wir GRÜNE wollen die gesetzliche und private Krankenversicherung zu einer Bürger*innenversicherung weiterentwickeln. Alle Bür ger*innen, auch Beamt*innen, Selbstständige und Geschwätziger als das der Union, aber unterm Strich ist es dasselbe in Grün, nur mit noch mehr Asyl-Chaos und illegaler Einwanderung.	Wir schaffen das Hartz-IV-System ab und ersetzen es durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten. [...] Wir wollen Arbeit [...] umverteilen [...] Kürzere Vollzeit um die 30 Stunden in der Woche mit guten Standards: Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis und ein Recht auf Feierabend. [...] Solidarische Gesundheitsversicherung: Alle zahlen mit allen Einkommen ein, die Beiträge sinken und die Versorgung wird besser für alle. (S. 10–11)	Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für die Einführung eines liberalen Bürgergeldes ein. Dabei werden steuermanzierte Sozialleistungen, wie beispielsweise die Regelleistung und die Unterhaltskosten des Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzuschlag und das Wohngeld, in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammengefasst. (S. 65)	Unser Sozialstaat kann nur erhalten bleiben, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird. Eine Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten staatsrechtlichen Errungenschaften. [...] Die AfD setzt sich auch für eine bessere Berücksichtigung der Leistungen von Eltern in der Rentenversicherung ein. (S. 56)			
<b>Fazit:</b>	Das Programm von CDU und CSU ist ein Märchenbuch: Sie malen die Lage in rosigen Farben und versprechen das Blaue vom Himmel, obwohl sie in der Regierung oftmals genau entgegengesetzt handeln. Deutlicher werden sie höchstens, wenn sie mehr Gängelung ankündigen. <b>Empfehlung: Nicht wählen!</b>	Bei den Sozis nichts Neues: Der Staat weiß alles besser und sammelt dafür unser Geld ein. Wer mehr chaotische Einwanderung, mehr Gouvernanten-Staat und mehr Bevormundung aus Brüssel will, ist bei der SPD an der richtigen Adresse. Für alle anderen lautet unsere <b>Empfehlung: Nicht wählen!</b>	Frau Merks Lieblings-Koalitionspartner hat sich angestrengt. Mutti alles recht zu machen. Ihr Programm ist noch geschwätziger als das der Union, aber unterm Strich ist es dasselbe in Grün, nur mit noch mehr Asyl-Chaos und illegaler Einwanderung. <b>Empfehlung: Nicht wählen!</b>	Steuern, Planwirtschaft, Enteignungen: Die Linke greift tief in die kommunistische Moltenkiste. Wo die Fantasien dafür herkommen sollen, weiß nicht mal St. Marx. Taugt nur für notorische Diktatur-Masochisten und Deutschland-Abschaffer. <b>Empfehlung: Nicht wählen!</b>	Bei den Liberalen herrscht zwar mehr steuer- und wirtschaftspolitische Vernunft als bei den Bundestagsparteien. In den Schicksalsfragen Asyl, Einwanderung und Sicherheit sind sie aber keine Alternative, und mit ihrem »Bürgergeld« gehen sie stramm auf Linkskurs. <b>Empfehlung: Bedingt wählbar!</b>	Klare Ansagen für einen Politikwechsel bei den brennenden Themen, die die Bürger wirklich bewegen, hat nur eine Partei. So bedauerlich der Mangel an Wahlmöglichkeiten ist: Wer nicht nur ein bisschen mehr Realismus, sondern eine echte Politikwende will, hat nur eine Alternative. <b>Empfehlung: Wählen!</b>			
Quelle: Regierungsprogramm der CDU/CSU 2017–2021 »Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben«		Quelle: Wahlprogramm der SPD »Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit«		Quelle: Wahlprogramm der Partei Die GRÜNEN »Zukunft länger zu!«		Quelle: Wahlprogramm der FDP »Schauen wir nicht Deutschland«		Quelle: Wahlprogramm der AfD »Programm für Deutschland«	